

6. Parlamentarische Initiative von Toni Kappeler, Stefan Leuthold und Josef Gemperle vom 30. März 2022 "Flexibler Energiefonds" (20/PI 4/296)

Vorläufige Unterstützung

Vizepräsident: Nachdem die Parlamentarische Initiative am 30. März 2022 eingegangen war, hat das Büro gemäss § 43 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung den Regierungsrat zur Stellungnahme zum Verfahren und zum Inhalt eingeladen. Darin hat der Regierungsrat nicht geltend gemacht, dass sich der Vorstoss auf einen Gegenstand bezieht, der schon als Ratsgeschäft anhängig ist oder dass der Gegenstand vom Regierungsrat als Vorlage vorbereitet und innerhalb des nächsten halben Jahres dem Grossen Rat vorgelegt wird.

Deshalb muss der Grosse Rat nun darüber entscheiden, ob er die Parlamentarische Initiative vorläufig unterstützen möchte. Das Wort haben zuerst die Initianten.

Kappeler, GP: Ich bedanke mich beim Regierungsrat herzlich für das Tempo, das er bei diesem Geschäft vorgelegt hat. Das zeigt, dass er unser Anliegen ernst nimmt und seine Dringlichkeit sieht. Zudem bedanke ich mich für die Stellungnahme, und zwar nicht nur für die vorläufige Unterstützung, sondern auch für den wesentlich besseren Gegenvorschlag, die Obergrenze generell zu streichen. Klammerbemerkung: Die Initianten hatten ebenfalls darüber nachgedacht, waren für diesen konsequenten und besseren Schritt aber etwas zu wenig mutig. Die Streichung der Obergrenze des Energiefonds ergibt Sinn. Es handelt sich dabei um eine Vereinfachung entsprechend der anderen elf Spezialfinanzierungen, die keine starren Obergrenzen haben. Der Deckel im Gesetz über die Energienutzung ist schlicht nicht nötig. Niemand stört sich daran, dass beispielsweise der Bestand im Arbeitsmarktfonds 40,9 Millionen beträgt, der Lotteriefonds 53,4 Millionen aufweist und im Fonds für Strassenbau und -betrieb 155,5 Millionen Franken sind. Weshalb ist uns die geringfügige Gesetzesänderung so wichtig? Mit der Änderung schaffen wir die Möglichkeit, zusätzliche Gelder aus dem Bilanzüberschuss 2021 in den Energiefonds einzulegen. Da der Vorschlag der Geschäftsprüfung- und Finanzkommission (GFK) bei der Behandlung des Geschäftsberichtes obsiegte, können es 25 Millionen Franken sein. Wenn wir dem Antrag der Fraktion Die Mitte/EVP folgen, darf es gerne auch etwas mehr sein. Damit können wir die Importe fossiler Energien verringern, beispielsweise durch eine zusätzliche Förderung von Erdsonden-Wärmepumpen, die Gas- und Ölheizungen ersetzen. Damit wird eine zusätzliche Förderung erneuerbarer einheimischer Energieproduktion ermöglicht, beispielsweise die Biogasproduktion durch Bauern. Gemäss dem Bundesamt für Energie könnte die Gasproduktion in der Landwirtschaft verdreiundzwanzigfacht werden. Wir leisten damit einen Beitrag zur Erhöhung der Versorgungssicherheit. Dadurch verringern wir zudem den Geldmittelabfluss ins Ausland, beispielsweise nach Russland. Dort produziert das verbrecherische Regime Raketen mit unserem Geld. Wir unterstützen die Ukraine finanziell und humanitär, finanzieren

aber zugleich die Waffen des Gegners. Das ist ein unerträglicher Gedanke. Die "Thurgauer Zeitung" titelte am 18. Juni 2022: "Dreht Putin den Deutschen den Gashahn zu?" Ja, das tut er. Über die Pipeline "Nord Stream 1" fliesst gerade noch ein Drittel der früheren Lieferung. In Deutschland diskutiert man eine Senkung der Mindesttemperatur in Wohnungen für den nächsten Winter. Nach Frankreich fliesst per Pipeline gar kein Gas mehr, nach Italien nur noch 50 %. Auch die Lieferungen nach Österreich sind gedrosselt. Das sind unsere direkten Nachbarn. Auf sie sind wir aber angewiesen. Es ist ein absolutes Gebot der Stunde, die Versorgungssicherheit zu erhöhen. Mit jeder nicht importierten Kilowattstunde fossiler Energie leisten wir zudem einen Beitrag gegen den Klimawandel. Wir haben in den letzten Wochen eine Rekordhitze erlebt. Die wärmsten 20 Jahre seit 1880 liegen allesamt zwischen 1990 und heute. Man erinnere sich zudem an die Hochwasserkatastrophe im Jahr 2021 in Deutschland, an Hurrikane und an schmelzende Gletscher bei uns und in Grönland. Es ist nicht fünf vor zwölf, sondern zwölf Uhr. Unsere Parlamentarische Initiative ist nur ein Instrument im Orchester der notwendigen Massnahmen. Die Aufhebung der Obergrenze im Energiefonds ist selbstverständlich noch kein Beitrag zur Versorgungssicherheit, kein Beitrag gegen den Klimawandel, und sie verringert auch den Geldmittelabfluss nach Russland nicht. Die Gesetzesänderung schafft aber die Voraussetzung, um die Ziele angehen zu können. Dies wäre ein Thurgauer Beispiel, das wohl über die Grenzen hinaus zur Kenntnis genommen wird. Aus den Medien erfahren wir täglich, dass unsere Versorgung mit importierten fossilen Energien zunehmend unsicher werde. Der nächste Winter wird kommen. Es ist deshalb sicher, dass sehr viele Thurgauerinnen und Thurgauer eine zusätzliche Förderung von erneuerbarer Energie nutzen und sich liebend gerne von Gas und Öl verabschieden werden. Ich bitte den Grossen Rat dringend, der moderaten Gesetzesänderung zuzustimmen.

Leuthold, GLP: Ich spreche sowohl als Mitinitiant als auch im Namen der GLP-Fraktion, die die Parlamentarische Initiative einstimmig unterstützt. Seit Beginn des letzten Jahrhunderts haben wir unser Leben auf den Verbrauch billiger Energie optimiert, zur Hauptsache basierend auf Öl und Gas. Wir haben es uns in diesem einfachen Leben bequem eingerichtet. Doch die negativen Konsequenzen werden immer sichtbarer. Wie Drogensüchtige hängen wir an der Nadel der fossilen Energien und haben grosse Mühe, davon wegzukommen. Der kantonale Energiefonds ist ein wichtiges Instrument, um aus der Sackgasse herauszufinden und den Weg hin zu einer klimaverträglichen Energieversorgung fortzusetzen. Dass unser kantonaler Energiefonds sehr gut funktioniert, ist längst bewiesen. Es ist grossartig, wie viele Massnahmen in den letzten Jahren dank diesen Fördergeldern umgesetzt werden konnten. Mit Geld aus dem Energiefonds wurden Bauherrschaften dazu motiviert, alte Fenster zu ersetzen, zusätzliche Dämmung anzubringen, erneuerbare Energieträger hinzuzubauen oder den Ersatz fossiler Heizungen vorzunehmen, um nur einige Beispiele zu nennen. So weit ist alles bestens. Nur hapert es

einfach an der Geschwindigkeit. Das Potenzial des Energiefonds wäre um ein Vielfaches grösser, wenn Verfahren vereinfacht und Projekte unkompliziert und rascher bewilligt werden würden. Dadurch würde mehr Geld in die so dringend benötigte Entkarbonisierung fliessen, was wiederum neue Mittel in den Fonds nach sich zieht. Sprich, spätestens dann braucht es neue Mittel, und mehr Geld muss zur Verfügung stehen. Die aktuelle politische Lage im Osten Europas und der immer stärker sicht- und spürbare Klimawandel zeigen, dass die Abkehr von fossiler Energie und die Reduktion unserer Emissionen deutlich beschleunigt werden müssen. Mit Annahme der Parlamentarischen Initiative wird dies möglich. Ob das bestehende Förderprogramm danach als Ganzes aufgestockt oder das Geld für neue grosse Einzelprojekte zur Verfügung stehen soll, müssen wir noch nicht heute entscheiden. Wichtig ist, dass wir den Deckel des Energiefonds entfernen, damit substantziellere Einlagen und damit auch grössere Entnahmen möglich werden. Die GLP-Fraktion unterstützt die Parlamentarische Initiative einstimmig. Wir laden den Grossen Rat herzlich ein, dasselbe zu tun. Ich schliesse mein Votum mit einem Zitat von Martin Luther King: "Es ist immer der richtige Zeitpunkt, um das Richtige zu tun."

Schenk, EDU: Die EDU-Fraktion erkennt die Vorteile des Anliegens und unterstützt die Vorlage sowie die Anregung des Regierungsrates in seiner Beantwortung. Wir wollen allerdings festhalten, dass mit geäuftetem Fonds und weiteren gefüllten Energiekassen nicht automatisch eine Energiewende entsteht. Dazu braucht es eine zwingende Erweiterung und Beschleunigung der Umsetzung in die Praxis. Genau da liegt der Hund begraben. Alles, was dieser tut, ist winseln. Ab und an bellt er ein bisschen, aber das Loch, in dem er liegt, ist tief. Viel zu wenige wollen ihn sehen und vernehmen. Aus dem Loch herausspringen kann der arme Kerl auch nicht, da er mit starren Fesseln der Lobby der Partikularinteressen bewegungsunfähig im Gefängnis gehalten wird. Die Fesseln sind dabei mit Schlagwörtern wie "keine Windenergie", "keine Geothermie", "Erdbebengefahr", "Landschaftsschutz", "Bodenschutz", "kein Leitungsbau durch Fruchtfolgeflächen" und vielen weiteren angeschrieben. Wenn wir die Grube zunehmend mit Geld füllen, wird der darunter Geknebelte nicht zwingend aktiv. Ich appelliere einmal mehr an die Verantwortungsträger in allen Gremien und in der gesamten gesellschaftlichen Hierarchie: Der "Energiehund" sollte befreit und aus dem Loch geholt werden. Das Loch sollte zugeschüttet werden, indem die Partikularinteressen, die gegenseitige Behinderung, die bequeme Mentalität des Zurücklehns und der mangelnde Wille, wirkliche Lösungen und damit genügend erneuerbare Energie zu generieren, begraben werden. Den Aufruf richte ich insbesondere an den Regierungsrat.

Gallus Müller, Die Mitte/EVP: Ich spreche für die einstimmige Fraktion Die Mitte/EVP und danke dem Regierungsrat für die ausführliche, schnelle und überzeugende Beantwortung. Energiethemen sind nicht erst seit dem Ukraine-Feldzug der Russen täglich in

den Medien, und dies völlig verständlich. Unsere Fraktion hat seit vielen Jahren mit allen möglichen parlamentarischen Werkzeugen für den Umbau der Energieversorgung gekämpft. Die Fördersummen für die Energieförderung sind jeweils markant erhöht worden. Dies hat uns einen absoluten Spitzenplatz in Sachen Energieförderung eingebracht. Früher wurde hier immer von der Champions League gesprochen. Das hat mich immer gestört, weil uns das Geld für die Champions League leider fehlt. Die Medien sind wie bereits erwähnt voll von Energiethemen und entsprechenden Schlagzeilen. Es geht die Angst um, dass die fossilen Energien, insbesondere das Gas, mit dem brutalen Angriffskrieg der Russen gegen die Ukraine zum Kriegs- und Boykottwerkzeug werden. Die umfassende Abhängigkeit von fossilen Energien im Gesamtkontext der weltweiten und auch schweizerischen Energieversorgung ist ein sehr grosses Risiko. Nicht zu vergessen sind die Auswirkungen auf das Klima und vor allem die Erpressbarkeit durch Diktatoren und andere Despoten. Wir müssen etwas tun. Wir Thurgauerinnen und Thurgauer und wohl auch eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer sind gegen staatlichen Zwang, auch beim Energiesparen oder bei Investitionen in erneuerbare und damit CO₂-neutrale Energien. Weil dem so ist, gibt es zur Energieförderung eigentlich keine echte und vor allem keine erfolgsversprechende Alternative. Die Anpassung des Energiefonds ist deshalb wichtig. Auch könnten die Forderungen bei der Forschung, Entwicklung und dem Bau von Anlagen für erneuerbare Energien aufgenommen werden. Wir bitten die Ratsmitglieder deshalb, der Parlamentarischen Initiative die vorläufige Unterstützung zu gewähren.

Walther, FDP: Ich verlese das Votum meines Fraktionskollegen Beat Pretali: "Die vorliegende Parlamentarische Initiative sieht vor, dass der aktuell auf eine Fördersumme von 12 Millionen bis 22 Millionen Franken begrenzte Energiefonds zur Finanzierung von ausserordentlichen Massnahmen bei Bedarf erhöht werden kann. Die FDP-Fraktion stand dem Anliegen der Initianten anfangs skeptisch gegenüber. In seiner Beantwortung erläutert der Regierungsrat deutlich und nachvollziehbar, weshalb die vorgeschlagene Änderung mehr Unsicherheiten aufwirft, als Klarheit schafft. Unklarheiten etwa, wie sich eine ausserordentliche Äufnung auf Folgejahre auswirkt und welche Bedeutung dies für die konkreten Förderungsprogramme sowie die Realisierung bedeutender Generationenprojekten wie Fernwärmenetze, Blockheizkraftwerke oder die Nutzung des thermischen Potenzials des Bodensees hat. Der Regierungsrat empfiehlt stattdessen, lediglich die in § 6a Abs. 3 des Gesetzes über die Energienutzung statuierte Obergrenze von 22 Millionen Franken zu streichen. Dies mit dem Ziel, sowohl bei der Förderung als auch bei der Finanzierung des Fonds mehr Flexibilität zu erreichen. Die FDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für den konstruktiven, zielgerichteten und nachhaltigen Lösungsvorschlag. Sie wird die Parlamentarische Initiative wie vom Regierungsrat vorgeschlagen vorläufig unterstützen und damit den Weg dafür öffnen, die Anpassung des Gesetzes in der Kommission bestmöglich in die Wege zu leiten."

Elina Müller, SP: Ich spreche für die SP-Fraktion. In den letzten Jahren hatten wir einerseits ausserordentliche, teilweise sehr grosse Überschüsse in der Staatsrechnung und andererseits mit der Klimakrise und der Energieversorgungsunsicherheit sehr dringliche Probleme, die rasches Handeln erfordern. Es ist in dieser Situation kaum vermittelbar, wenn die Überschüsse nicht dort eingesetzt werden, wo sie benötigt werden. Auch, um in Jahren mit einem weniger positiven Abschluss nicht bei der Förderung von Energieeinsparung und der Produktion erneuerbarer Energie sparen zu müssen. Die steigende Nachfrage nach Fördermitteln aus dem Energiefonds ist ein positives Zeichen. Es zeigt, dass unsere Energieziele vermehrt umgesetzt werden. Bekanntlich löst jeder Franken an Fördermitteln ein Mehrfaches an Investitionen aus. Es wäre hingegen absolut schädlich, wenn Massnahmen zur Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz aufgrund zu geringer Mittel im Energiefonds zurückgestellt werden sollten, bis im ausgeschöpften Energiefonds wieder Fördermittel zur Verfügung stehen. Damit würde eine Entwicklung ausgebremst werden, die im Gegenteil noch kräftig an Fahrt aufnehmen muss. Die Bedenken des Regierungsrates gegenüber dem Vorschlag der Initianten sind jedoch nachvollziehbar. Der Gegenvorschlag des Regierungsrates, die Obergrenze des Energiefonds zu streichen, ist simpel und ermöglicht die gewünschte Flexibilisierung. Deshalb unterstützt die SP-Fraktion die Parlamentarische Initiative ebenso wie den Änderungsvorschlag des Regierungsrates einstimmig.

Vico Zahnd, SVP: Das heute geltende Recht, dass der Energiefonds am Stichtag mindestens mit 12 Millionen und maximal mit 22 Millionen Franken alimentiert sein muss, war ein Kompromiss, der sich bis heute sehr gut bewährt hat. Die SVP-Fraktion sieht derzeit keine Notwendigkeit dafür, die Obergrenze zu streichen und die Parlamentarische Initiative vorläufig zu unterstützen. Wir verstehen auch nicht, weshalb der Regierungsrat trotz festgestellter inhaltlicher Mängel die vorläufige Unterstützung empfiehlt. Im heutigen System ist nicht eine zu tiefe Alimentierung des Fonds, sondern der Mangel an genügend vernünftigen, unterstützungsfähigen oder bewilligungsfähigen Projekten oder Massnahmen in den letzten Jahren das Problem. Zwischenzeitlich musste gar die Umsteigeprämie für Elektrofahrzeuge eingeführt und ausbezahlt werden, was meines Erachtens äusserst fragwürdig war. Ansonsten wäre man das Geld aus dem Energiefonds gar nicht mehr losgeworden. Sobald der maximale Betrag von 22 Millionen Franken über einige Jahre ausbezahlt und sinnvoll investiert werden konnte, sind wir selbstverständlich bereit, die Diskussion über die Obergrenze wieder zu führen. Zurzeit ist man von den 22 Millionen Franken aber meilenweit entfernt. Wir sehen die Aufhebung der Obergrenze deshalb nicht für angezeigt. Wir möchten nochmals in aller Deutlichkeit festhalten, dass solche Unterstützungsgelder nicht dazu gedacht sind, dass einzelne Personen übermässig profitieren und sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichern können. Meine persönliche Meinung: Es macht vielleicht den Anschein, dass ich gegen neue Technologie bin. Dagegen muss ich mich jedoch vehement wehren. Ich lebe in einem Haus nach Miner-

gie-Standard, habe eine Erdsonden-Heizung und auf dem Dach eine Photovoltaikanlage. Das ist mit den heutigen Fördergeldern alles möglich. Man benötigt Eigeninitiative und muss alles selbst bezahlen. Hier braucht es nicht mehr Staat. Es braucht aber ein Umdenken in der Gesellschaft, dass die nötigen Mittel selbst bereitgestellt und finanziert werden müssen, wenn man etwas will und dies gut findet. Aus diesen Gründen bitte ich die Ratsmitglieder, die Parlamentarische Initiative nicht zu unterstützen.

Paul Koch, SVP: Ich bin dafür, dass die Förderung im Thurgau so weiter betrieben wird. Es handelt sich um eine gute Förderung, die sehr gut wirkt. Wir haben in den letzten Jahren viel erreicht. Der Thurgau ist in diesem Bereich Spitze und weit vorne. Der aktuelle Energiefonds war in den letzten Jahren immer gut gefüllt. Trotz aktiver und guter Förderung hat man ihn gar nie aufgebraucht. Wenn man die Förderung jetzt erhöhen möchte, dann frage ich mich, ob die Förderung der erneuerbaren Energien eine Staats- oder eine private Aufgabe ist. Viele haben jahrelang günstige Energie in Form von Öl oder Gas eingesetzt, und dies meistens einfach deshalb, weil es günstig war. Nun hat man ein Problem, weil der Preis gestiegen und die Verfügbarkeit nicht mehr klar gegeben ist. Jetzt soll der Staat "in die Hose steigen". Jeder Bürger oder jede Bürgerin kann in seiner Wohnung oder seinem Haus selbst erneuerbare Energien umsetzen und installieren. Dafür braucht es nicht noch mehr Förderung, die in der Vergangenheit nicht einmal ausgenutzt worden ist. Rasch von fossiler zu erneuerbarer Energie zu wechseln, klingt wirklich einfach. Das ist es aber nicht. Man denke nur an die Probleme mit den Fachkräften. Man hört dauernd, dass Planer und Handwerker fehlen, die diese erneuerbaren Energieanlagen installieren. Zudem sind die Geräte und das Material teilweise gar nicht verfügbar. Die Wende geht somit nicht so rasch, selbst wenn wir den Fonds nochmals riesig häufen. Wichtig ist, dass man die Förderbeiträge und das Programm, das jetzt besteht, laufend optimiert und nur für Anreize einsetzt. Ich frage mich ernsthaft, ob für den Ersatz durch winterstromfressende Luftwärmepumpen noch Beiträge gesprochen werden sollten. Das ist meines Erachtens vorbei. Wenn jemand umstellen will, weil die fossile Energie nun massiv teurer ist, soll er das tun. Das kann sich aber jeder selbst beschaffen. Ich bin gegen die Parlamentarische Initiative. Ich mache der Abteilung Energie den Vorschlag, wach zu bleiben und das Förderprogramm gut zu optimieren. Dann reicht das Geld sehr gut aus.

Regierungsrat **Schönholzer**: Ich danke dem Initianten für das Lob. Der Vorstoss zeigt exemplarisch die Tücken einer solchen Parlamentarischen Initiative auf. Der Regierungsrat hat sich deshalb dazu entschieden, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Das Anliegen der Parlamentarischen Initiative, fossile Energieträger weitestgehend durch einheimische erneuerbare Energie zu ersetzen, könnte wohl kaum eine höhere Aktualität haben als jetzt. Der Krieg in der Ukraine akzentuiert die bereits zuvor bestehende Dringlichkeit nun noch viel mehr. Die mögliche Strom- und Gasmangellage ist heute ein The-

ma an der Sitzung des Bundesrates. Wir sind diesbezüglich mit dem Bund in engem Austausch. Die Lage ist ernst. Die Schweiz ist zu 60 % von fossilen Energieträgern abhängig. Auch beim Strom sind wir zeitweise auf Importe angewiesen. Alleine der Kanton Thurgau gibt jährlich über 425 Millionen Franken für den Import von Energieträgern aus. Meines Erachtens ist die Notwendigkeit einer Flexibilisierung unseres Instruments der Energieförderung offensichtlich. Der Regierungsrat hat in den vergangenen Jahren immer dann, wenn wir gute Rechnungsabschlüsse gehabt haben, konsequenterweise Einlagen beantragt, die vom Grossen Rat genehmigt wurden. Im letzten Jahr waren es 10 Millionen Franken. Bei der Genehmigung des Geschäftsberichts 2021 heute waren es 6 Millionen Franken. Jetzt stehen wir jedoch beim Deckel von 22 Millionen Franken an. Der Regierungsrat hat gezeigt, dass er mit den Mitteln verantwortungsbewusst umgeht und den Fokus stets auf die Wirkung gelegt. Es geht nicht darum, das Geld möglichst rasch loszuwerden. Wir müssen heute nicht grundsätzlich grössere Beiträge sprechen oder zusätzlich neue Technologien finanzieren. Wir müssen aber flexibel reagieren können, wenn sich das Umfeld oder die Technologien ändern oder der Bund seine Förderbedingungen anpasst. Wir müssen zudem auf die viel höhere Anzahl von Gesuchen reagieren. Ich habe dazu die aktuellen Zahlen mitgebracht: Im Zeitraum von Januar bis Juni 2022, also in den letzten sechs Monaten, hat die Abteilung Energie 1'961 Gesuche erhalten. Das sind 42 % mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 2020. Das braucht mehr Geld. Die Förderung der E-Immobilien haben wir nicht eingeführt, um Geld loszuwerden, sondern um einer Technologie zum Durchbruch zu verhelfen, die massgeblich zur Reduktion des CO₂-Ausstosses beiträgt. Als die Technologie den Durchbruch geschafft hat, hat der Regierungsrat sofort entschieden und die Förderung wieder aufgehoben. Die erfreuliche Nachricht: Jetzt kommen wirklich grosse Projekte wie Fernwärmenetze, die Nutzung von Wärme aus dem See und Blockheizkraftwerke. Das ist eine positive Realität, für die wir aber wesentlich mehr Geld benötigen. Die Investitionen, die eine wirklich grosse Wirkung erzielen, sind nicht gratis zu haben. Alleine die Stadt Frauenfeld beantragt demnächst einen Kredit über 30 Millionen Franken. Wir sollten die Deckelung im Fonds wirklich aufheben, da dies dem Regierungsrat und dem Parlament ermöglicht, flexibler auf politische Ereignisse und die aktuelle Erdgasverknappung zu reagieren. Hinzu kommt, dass der Ausstieg aus den fossilen Energien und die Produktion von einheimischer Energie unsere Volkswirtschaft stützt. Das ist ein nicht unerheblicher positiver Nebeneffekt. Zudem wird dadurch die Versorgungssicherheit erhöht. Der Deckel von 22 Millionen Franken ist nicht mehr zeitgemäss, weil er in den guten Jahren zusätzliche Einlagen in den Energiefonds blockiert. Der Grosse Rat wird bei guten Abschlüssen auch künftig jedes Jahr die Möglichkeit haben, darüber zu entscheiden, ob und wie viel in den Fonds eingelegt werden kann. Ich bitte den Grossen Rat im Namen des Regierungsrates, mit der vorläufigen Unterstützung der Parlamentarischen Initiative den Weg für Beratungen in der Spezialkommission freizumachen. Dort kann man sich kritisch einbringen, um im Thurgau konsequent auf die wachsenden Herausforderungen der Ener-

giewende reagieren und vorwärts machen zu können. Ich danke den Ratsmitgliedern für die Unterstützung.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Abstimmung: Der Rat beschliesst mit 73:33 Stimmen, der Parlamentarischen Initiative die Vorläufige Unterstützung zu gewähren.

Vizepräsident: Das Büro wird die Initiative einer Kommission zur Vorberatung überweisen.